

EINE NEUE UNRUHE

breitet sich in immer schnelleren politischen Diskussionswellen aus. Sie dreht sich um die Frage: **Wer wird die Kosten der Krisenbekämpfung bezahlen?**

Der österreichische Finanzminister meint, es sei an der Zeit den „Schritt vom tagespolitischen Krisenmanagement hin zur strategischen Zukunftsarbeit“ zu machen (Kurier, 15.10.09, Seite 3).

Da hat er wirklich recht! Eine Gesellschaft, in der eine winzige Minderheit zwei Drittel des gesellschaftlichen Vermögens besitzt, muss dringend umgestaltet werden.

Doch wie es dem Finanzminister entspricht, denkt er in eine ganz bestimmte Richtung und fordert plötzlich die Einrichtung eines (Sozial) Transferkontos für alle Haushalte. Die Richtung macht auch sein Parteifreund, der Exlandesrat Paierl gleich deutlich: „Die ÖVP sollte sich gegenüber jenen abgrenzen, die im Faulbett liegen.“ (Profil, 43/09, Seite 19). Höchstwahrscheinlich meint er nicht die Besitzer großer Vermögen.

Wenn man hingegen **alle** Geldflüsse für **alle** Mitglieder der Gesellschaft offen legen will, dann braucht man auch allgemeine **Subventionskonten**. In diesen müssen alle Zuwendungen dokumentiert werden, die von der öffentlichen Hand den Unternehmen ohne jegliche unmittelbare Gegenleistung gewährt werden:

Steuervergünstigungen, Gebührenermäßigung und Befreiung, Kredite, Ausfallhaftungen, Bürgschaften, usw. Und **Vermögenskonten** würden zeigen, zu welchen wenigen Personen der Hauptteil des gesellschaftlich **gemeinsam** erarbeiteten Reichtums fließt.

Außerdem dramatisiert die vom Finanzminister verwendete Studie des Grazer Institutes Joaneum nach Ansicht anderer Experten ganz gezielt die Situation (Standard, 22.10.09, Seite 8).

Wir haben es hier mit einer neuen Art von klassenkämpferischer Rhetorik zu tun. Die Grenze verläuft da nicht zwischen jener Minderheit, die zwei Drittel des gesellschaftlichen Vermögens besitzt und der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung. Sie verläuft vielmehr mitten durch das Volk und trennt jene, die noch halbwegs verdienen, von jenen, die ohne Hilfe des Staates kaum mehr durchkommen.

Anfang dieser Woche haben sich die Euro-Länder darauf geeinigt im Jahr 2011 mit dem Schuldenabbau zu beginnen (Standard, 21.10.09, Seite 22).

Auch dieser Hintergrund bewirkt die plötzliche Verschärfung der Debatte und das Schüren der historisch schon mehrfach erfolgreichen Neiddebatte, um die Bevölkerung zu spalten. Der ungeheure staatliche Schuldenberg, der als Folge der Krise und infolge ihrer Bekämpfung aufgebaut wird, muss wieder abgetragen, das heißt bezahlt werden. Andernfalls drohen die Zinszahlungen den sozialstaatlichen Gestaltungsrahmen zu erdrücken.

Sparsam zu wirtschaften ist immer richtig. Doch **den Sozialstaat kann man sich nicht ersparen**. Das muss eine unüberschreitbare politische Grenzlinie sein.

Man kann auf die stabilisierende Wirkung der Konjunktur hoffen, aber man darf nicht zuviel mit ihr rechnen. Denn aller Wahrscheinlichkeit nach wird sie in den nächsten Jahren geringe Wachstumsraten bringen. Vor allem aber ist die Krise noch lange nicht vorbei. Zum einen ist erst rund die Hälfte der faulen Finanzpapiere abgeschrieben (Standard,

01.10.09, Seite 19), zum anderen schlägt die Wirtschaftskrise immer mit zeitlicher Verzögerung in eine soziale Krise (Arbeitslose, Lohnsenkungen, usw.) um. Also wird die Situation **in jedem Fall** neue Steuern notwendig machen. Neben der Krise gibt es noch zwei gute Gründe neue Steuern einzuführen. Der auf Dauer unhaltbare Zustand, dass eine kleine Minderheit der Menschen die überwiegende Mehrheit des gesellschaftlichen Vermögens besitzt, muss beendet werden. Außerdem braucht der Planet Erde (und damit die EU und Österreich) eine ökologische Umgestaltung (Klimaänderung, Rohstoffknappheit), die **auch** neue Steuern erfordert. In **diesem Sinn** soll man dem Verlangen des österreichischen Finanzministers nach „strategischer Zukunftsarbeit“ Rechnung tragen.

Solch eine Debatte muss offen sein – überall unter der Bekanntgabe aller relevanten Daten geführt werden. Sie muss umfassend sein- alle Aspekte des gesellschaftlichen Lebens betreffen. Sie muss gründlich sein- die Folgen der Entscheidungen klar legen.

Damit zum Zeitpunkt der notwendigen Entscheidungen Weg und Ziel klar sind, muss sie also jetzt mit aller Kraft gestartet werden.

Die Zivilgesellschaft ist im Moment vor allem aus zwei Gründen verunsichert. Noch viel zu viele Menschen und NGOs erkennen nicht, dass die **Steuerfrage der entscheidende Hebel** in der Gestaltung der Gesellschaft (unter kapitalistischen Bedingungen) ist. Sie halten Steuern **nur für ein** wichtiges Thema. **Doch in einer hochproduktiven kapitalistischen Wirtschaft kann unter den Bedingungen der parlamentarischen Demokratie durch Steuern wirkungsvoll in allen Feldern der Gesellschaft gestaltet werden!**

Steuern sind nicht alles- aber ohne diese materielle Grundlage ist fast alles andere zu wenig. Es ist vor allem deswegen zu wenig, weil die Arbeitnehmer (und Gewerkschaften) sowie die NGOs gegenüber den Besitzern der Produktionsmittel nicht die notwendige reale Gestaltungsmacht haben. In der parlamentarischen Demokratie hat jedoch die (arbeitende, lernende, in Pension lebende) Bevölkerung die Mehrheit des Bestimmens- notfalls (wenn die Parteien nicht willig sind) eben in einer **Volksabstimmung**.

Außerdem wird in der Zivilgesellschaft der Begriff des „Neoliberalismus“ viel zu oft in ungeschickter Weise thematisiert. Man diskutiert den „Neoliberalismus“ **in erster Linie** als wissenschaftstheoretischen Begriff und stellt den „Keynesianismus“ dem gegenüber. Das ist zwar richtig, lässt aber die **reale wirtschafts-politische Entwicklung** zu sehr außer acht.

Die herrschenden Elite kann nämlich mit jeder theoretischen Grundlage leben- sofern sie in der **Praxis** dazu führt, dass schlussendlich der größte Teil des gesellschaftlich erarbeiteten Vermögens bei ihr landet.

Deshalb waren in der ausbrechenden Krise die Gestalter und Profiteure der vorangegangenen Zustände die lautesten Keynesianer! Warum auch nicht- solange sie den **Hauptteil** der öffentlichen Unterstützung bekommen?

Wer mit Keynes gegen die Neoliberalen argumentiert, muss auch die hauptsächlichliche Bezahlung der Krisenkosten durch die Vermögenden sicher stellen.

Ansonsten bedeutet die Berufung auf Keynes in der Praxis nichts anderes als die Festigung der vorherrschenden Verhältnisse und die Bezahlung ihrer sozialen Folgekosten durch die öffentliche Hand. Da der Staat bekanntlich zu zwei Dritteln von den kleinen Leuten finanziert wird, bedeutet eine Sanierung ohne grundsätzliche Änderung des Steuersystems den ultimativen Triumph des Neoliberalismus! Er hätte dann den potentesten Geldgeber ausgenommen und die Kosten begleicht die übergroße Mehrheit der Bevölkerung. Dieser ganze Prozess, um den im laufenden Jahrzehnt gestritten werden wird, ist in folgender Formulierung treffend verdeutlicht: Die Gewinne privatisieren, die Verluste sozialisieren.

Für die Kritiker des Neoliberalismus und für alle, denen es um ein gutes Leben in der Gesellschaft geht, lautet die Aufgabe hingegen: Die Kosten für die Profiteure des Systems und Umverteilung für alle, die sie notwendig haben.

Angesichts der realen Kräfteverhältnisse in der Europäischen Union (die Verteilung des Besitzes an Unternehmen und Massenmedien, die Beherrschung der großen Parteien, der Inhalt des Vertrages von Lissabon) kann die Zivilgesellschaft die notwendige Kraft zur positiven Neugestaltung nur aus sich selbst entwickeln.

Wie es gehen kann, zeigt eine Initiative der Zivilgesellschaft in Frankreich (Presse, 06.10.09, Seite 17). Dort haben Gewerkschaften, Sozialisten, Kommunisten, Linke und Grüne zu einer Aktionseinheit zusammengefunden. Sie organisierten eine landesweite Volksbefragung (de facto Volksabstimmung) zur angeblich drohenden Privatisierung der Post. Nach einer Woche der Aktion haben sich mehr als zwei Millionen Menschen daran beteiligt und sich zu neunzig Prozent gegen eine Privatisierung ausgesprochen. Jetzt wird eine „echte“ Volksabstimmung gefordert. Die „Presse“ (vom 06.10.09, Seite 17) schreibt: „Laut Umfragen wünschen fast sechzig Prozent eine Volksabstimmung zur Zukunft der Post. Das kann die Regierung nur schwer ignorieren.“

Diesen prinzipiellen Weg der **Organisierung einer Volksabstimmung von unten** und die dadurch von den Parteien erzwingbare **echte** Volksabstimmung auch und vor allem **in der Steuerfrage** propagieren www.umverteilung.at und www.steuerini.at seit langem.

Wann werden sich die relevanten Kräfte der Zivilgesellschaft endlich ihrer Verantwortung besinnen?

Hans Kohlmaier, 23.10.09

www.umverteilung.at